

# *Osteuropa*

## *Das Büro in Minsk*

[map]

Office in Minsk = Büro in Minsk

Minsk = Minsk

Internationale Grenzen

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Im Einklang mit seinem Mandat konzentrierte sich das Büro in Minsk bei seinen Aktivitäten im Jahr 2006 darauf, der Regierung des Gastlandes weiterhin Hilfestellung bei der Förderung des Auf- und Ausbaus von Institutionen und der Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit sowie bei der Entwicklung der Beziehungen zur Zivilgesellschaft zu leisten und das Land bei der Lösung von Wirtschafts- und Umweltproblemen zu unterstützen. Es führte auch mehrere Projekte für die von der Katastrophe von Tschernobyl betroffenen Gebiete durch und arbeitete mit Behörden und der Zivilgesellschaft an der Verstärkung des Umweltbewusstseins.

### *Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension*

**Sanierung der von Tschernobyl betroffenen Gebiete.** Das Büro trat als Mitveranstalter der internationalen Konferenz *Zwanzig Jahre nach Tschernobyl: Strategie zur Sanierung und für eine nachhaltige Entwicklung der betroffenen Regionen*, die vom 19. bis 21. April in Minsk und den betroffenen Gebieten der Region Gomel stattfand. Das Büro unterstützte die wissenschaftlichen Fachveranstaltungen und die Veröffentlichung des *Kurzberichts* über die Konferenz.

Als Gründungsmitglied des Programms *Zusammenarbeit zur Wiederherstellung der Lebensbedingungen in den von Tschernobyl betroffenen Gebieten*, an dem nationale und regionale Behörden, internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen (NROs) beteiligt sind, nahm das Büro an den im November in der Region Brest abgehaltenen Sitzungen des Projektevaluierungs- und des Approbierungsausschusses teil. Das Büro genehmigte drei Projekte, deren Durchführung jedoch aufgrund der zu spät erfolgten Anmeldung auf 2007 verschoben werden musste.

**Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC).** In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für natürliche Ressourcen und Umweltschutz und seinen ENVSEC-Partnern, dem Entwicklungsprogramm und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen, führte das Büro regionale Konsultationen in Minsk, deren Ergebnis der Entwurf eines Evaluierungsberichts der ENVSEC-Initiative für die Region Osteuropa war.

Der abschließende Bericht enthält ein Arbeitsprogramm mit prioritären grenzüberschreitenden Projekten, die alle als wesentliche Zielsetzung einen gemeinsamen Ansatz

für die Bewirtschaftung der Gewässer, Waldbestände und natürlichen Ressourcen in Polesje verfolgen, einem Gebiet, das sich beiderseits der Grenze zwischen Belarus und der Ukraine erstreckt.

**Förderung des Umweltbewusstseins.** Das Büro unterstützte Schulungskurse zur Aarhus-Konvention im Aarhus-Zentrum, das im Dezember 2005 im Rahmen eines gemeinsam mit dem Ministerium für natürliche Ressourcen und Umweltschutz begonnenen Projekts eingerichtet worden war. Das Büro war bei der Durchführung von Öffentlichkeitskampagnen und der rechtlichen Beratung zu Umweltfragen behilflich und spendete dem Zentrum die im Rahmen des gemeinsamen Projekts benötigte Ausrüstung.

### ***Aktivitäten in der menschlichen Dimension***

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Das Büro war bei dem vom BDIMR gemeinsam mit *La Strada* betriebenen Projekt zur *Evaluierung von Maßnahmen gegen den Menschenhandel* behilflich, in dessen Rahmen die in Belarus verfügbaren Leitmechanismen für Opfer des Menschenhandels überprüft wurden.

Im Oktober veranstaltete das Büro gemeinsam mit dem Innenministerium und der Internationalen Organisation für Migration eine internationale Konferenz über *Zusammenarbeit zwischen Herkunfts- und Zielländern des Menschenhandels unter besonderer Berücksichtigung der Nachfrageseite*.

**Genderfragen.** Im Rahmen der jährlichen weltweiten Initiative *16 Tage gegen Gewalt an Frauen* trat das Büro als Mitorganisator der Informationskampagne *Gewalt in der Familie sollte nicht selbstverständlich werden* auf. Die Veranstaltung umfasste ein Pressebriefing für die einschlägigen Ministerien, NROs und Journalisten, ein Treffen mit in Belarus lebenden Flüchtlingen zur Sensibilisierung für diese Frage, Poster, Kalender und Plakatwände sowie die regelmäßige Ausstrahlung von Videos im nationalen Fernsehen.

**Beobachtungstätigkeit.** Das Büro beobachtete Gerichtsverhandlungen im Zusammenhang mit Fällen, bei denen es um das Recht auf Vereinigungsfreiheit, auf friedliche Versammlung, Freiheit von willkürlicher Festnahme oder Inhaftierung und das Recht auf ein unparteiisches Gerichtsverfahren ging.

Diese Gerichtsverhandlungen betrafen neben anderen Fällen einen ehemaligen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2006, die Mitglieder einer inländischen Wahlbeobachtungsgruppe, die die Parlamentswahlen 2004 beobachtet hatten, und den Leiter einer Jugendorganisation, die auf der Grundlage strafrechtlicher Bestimmungen vom Dezember 2005 angeklagt worden waren; diese Bestimmungen verbieten die Einrichtung oder Leitung nicht angemeldeter öffentlicher Organisationen.

Das Büro verfolgte mehrere Gerichtsverhandlungen gegen NROs, Gewerkschaften, politische Parteien und Zeitungen im Zusammenhang mit der gesetzlich vorgeschriebenen Registrierung.

Das Büro beobachtete genauestens die Lage im Zusammenhang mit dem belarussischen Helsinki-Komitee, das immer wieder vom Justizministerium und von den Steuerbehörden vor Gericht zitiert und in Prozesse verwickelt wurde.

Das Büro beobachtete die Entwicklungen im Anschluss an die Präsidentenwahlen vom März 2006. Mitarbeiter des Büros besuchten die wichtigste Haftanstalt für Verwaltungsübertretungen in Minsk und waren auch bei Vernehmungen im Zuge von Verwaltungsverfahren anwesend, sofern ihnen nicht der Zutritt verweigert wurde. Insgesamt erhielten mehrere hundert Personen Verwaltungshaftstrafen bis zu 15 Tagen (keine offiziellen Angaben verfügbar), darunter rund 20 Journalisten.

**Beschwerden von Privatpersonen.** Im Büro gingen rund 80 neue Beschwerden wegen mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen von Privatpersonen ein. Diese Beschwerden betrafen in der Hauptsache Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden und entsprangen im Wesentlichen der Überzeugung, dass das Recht auf ein unparteiisches Verfahren nicht gewährleistet war. Wo angezeigt, brachte das Büro einzelne Fälle oder Gruppen von Fällen der zuständigen belarussischen Behörde zur Kenntnis.

Leiter des Büros:  
Botschafter Ake Peterson  
Revidierter Gesamthaushalt: € 874.200  
[www.osce.org/belarus](http://www.osce.org/belarus)

## *Die Mission in Moldau*

[map]  
Mission to Moldova = Mission in Moldau  
Chisinau = Chişinău  
Tiraspol = Tiraspol

Internationale Grenzen  
Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Mission stand 2006 der Abbau der Spannungen in der Sicherheitszone, die Bewältigung der Folgen der neuen, im März eingeführten Zollvorschriften für Exporte aus der Region Transnistrien sowie der Versuch, die Verhandlungen über eine politische Beilegung des Konflikts wieder in Gang zu bringen. Das politische Umfeld, in dem sie agierte, stand ganz im Zeichen des „Unabhängigkeitsreferendums“ vom 17. September und der „Präsidentenwahlen“ vom 10. Dezember in Transnistrien, wobei keiner der beiden Wahlgänge von der OSZE anerkannt oder beobachtet wurde. Andere wichtige Bereiche der Tätigkeit der Mission betrafen unter anderem die Vermittlung in der Auseinandersetzung rund um den Moldauschunterricht in lateinischer Schrift in den Schulen am linken Ufer, die Bekämpfung des Menschenhandels und die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit.

### *Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension*

**Verhandlungen über eine politische Regelung.** Um den Gesprächen über eine Konfliktbeilegung einen neuen Impuls zu geben, verfasste die Mission Anfang 2006 Dokumente mit Vorschlägen zu folgenden Themen: eine mögliche Aufteilung der Kompetenzen zwischen der Zentralregierung und den Regionalbehörden, ein Mechanismus für die Kontrolle der Fabriken im transnistrischen Militärindustriekomplex, ein Plan für den Austausch militärischer Informationen sowie eine Evaluierungsmission zur Beurteilung der Voraussetzungen und zur Abgabe von Empfehlungen für demokratische Wahlen in Transnistrien. Die transnistrische Seite weigerte sich allerdings, nach der Einführung neuer Zollvorschriften für Exporte aus Transnistrien im März die Verhandlungen fortzusetzen, weshalb man auch mit diesen Vorhaben keinen Schritt vorankam. Versuche, durch Konsultationen zwischen den Mediatoren (OSZE, Russische Föderation und Ukraine) und den Beobachtern (Europäische Union und Vereinigte Staaten von Amerika) im April, Mai und November und durch getrennte Konsultationen der Mediatoren und Beobachter mit jeder der beiden Seiten im Oktober Bewegung in die festgefahrene Situation zu bringen, erwiesen sich als fruchtlos.

**Die Gemeinsame Kontrollkommission (JCC).** Im April halfen die Mediatoren, eine für beide Seiten akzeptable Regelung zu finden, durch die moldauische Landwirte aus Dorotcaia wieder ungehinderten Zugang zu ihrem Grund und Boden erhielten, der auf von Transnistrien kontrolliertem Gebiet liegt. Dieser Erfolg löste auch die seit April 2005 festgefahrene Situation in der JCC – dem Gremium, das für die Umsetzung des *Abkommens über die Grundsätze für die friedliche Beilegung des bewaffneten Konflikts in der transnistrischen Region der Republik Moldau* vom Juli 1992 und die Kontrolle der Gemeinsamen Friedenskräfte in der Sicherheitszone verantwortlich ist. Im September wurden zwei neue JCC-Arbeitsgruppen eingerichtet. Sie regeln Streitigkeiten zwischen den beiden Seiten über die Beziehungen zwischen der moldauischen Polizei und der transnistrischen Miliz in der Stadt Bender und kontrollieren die Präsenz der einseitig eingerichteten Posten in der Sicherheitszone. Die Mission, die in der JCC Beobachterstatus hat, ist in die Aktivitäten beider Arbeitsgruppen weitgehend eingebunden.

**Aufbau von Vertrauen und Sicherheit bei gleichzeitigem Abbau der Bedrohungen.** Die Mission unterstützte das Verteidigungsministerium bei der Zerstörung überschüssiger und veralteter Artilleriemunition finanziell und logistisch. Im Rahmen der umfassenden Verteidigungsreformen in Moldau arbeitete die Mission auch eng mit dem Ministerium zusammen und machte Vorschläge für weitere Hilfestellungen bei der Zerstörung von Munition und Ausrüstung und bei der Entwicklung von Programmen zur Umschulung und Umsiedlung pensionierter Militärangehöriger.

**Abzug von Waffen und Ausrüstung der Russischen Föderation.** Zum ersten Mal seit März 2004 erhielt eine Gruppe von 30 OSZE-Delegationsleitern gemeinsam mit Mitarbeitern der OSZE-Mission am 13. November Zugang zum Munitionsdepot der Russischen Föderation in Colbasna unweit der moldauisch-ukrainischen Grenze im nördlichen Transnistrien. Nichtsdestoweniger wurde im Jahr 2006 weder russische Munition noch Ausrüstung aus Transnistrien abgezogen, womit nach wie vor über 21.000 Tonnen Munition in der Region lagern. Zwei der Geldgeber für den Freiwilligen Fonds, die Niederlande und die Tschechische Republik, stellten in diesem Jahr ihre Beitragszahlungen ein.

### ***Aktivitäten in der menschlichen Dimension***

**Wahlen und Wahlreformen.** Gemeinsam mit dem BDIMR beriet die Mission das moldauische Parlament, wodurch die Wahlordnung wesentlich verbessert wurde. Mit

Unterstützung der BDIMR-Wahlexperten berichtete die Mission über die Gouverneurswahlen im Dezember, bei denen in der autonomen Region Gagausien im Süden Moldaus der Baschkan gewählt wurde.

**Schutz der Sprachenrechte.** Die Mission fungierte als Förderer und Gastgeber der Verhandlungen über die Existenz und den Betrieb von Schulen in der Region Transnistrien, in denen Moldauisch in lateinischer Schrift unterrichtet wird. Das Problem des Schulgebäudes in Ribnița, das von den örtlichen transnistrischen Behörden 2004 beschlagnahmt wurde, harrt nach wie vor einer Lösung.

**Menschenrechtsmonitoring.** Die Mission nahm zahlreiche Individualbeschwerden wegen Menschenrechtsverletzungen entgegen. Es handelte sich dabei hauptsächlich um Beschwerden von Strafverteidigern, die gegen Verletzungen von Verfahrensrechten während der Untersuchungshaft, gegen schlechte Haftbedingungen und mangelhafte medizinische Versorgung protestierten. Die Mission beobachtete einige aufsehenerregende Strafprozesse im Hinblick auf das Recht auf ein unparteiisches Gerichtsverfahren oder auf die Anwendung von Folter. Besondere Aufmerksamkeit widmete die Mission auch den beiden noch in Haft befindlichen Mitgliedern der Ilascu-Gruppe, die von den transnistrischen Behörden für Straftaten verurteilt worden waren, die sie während des Konflikts 1992 begangen haben sollen, und später auf Anweisung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte freigelassen werden sollten.

**Auf- und Ausbau von Kapazitäten durch Förderung der Menschenrechte.** 2006 unterstützte die Mission Kleinprojekte zur Förderung der Menschenrechte und der Toleranz an beiden Ufern des Dnjestr/Nistru. Ein Beispiel dafür war das sehr erfolgreiche Konzert unter dem Motto „Brücken wieder aufbauen“ im August, bei dem Rockmusiker und ihre Fans von beiden Seiten des Flusses zusammenkamen.

**Förderung der Medienfreiheit.** Die Mission war beim Auf- und Ausbau von Kapazitäten im Medienbereich behilflich und unterstützte die Reform des moldauischen Rundfunkgesetzes. Mit Unterstützung des Beauftragten für Medienfreiheit stellte die Mission rechtliche und technische Gutachten zur Verfügung, die eine Verbesserung des entsprechenden Gesetzesentwurfs bewirkten. Von der finanziellen Unterstützung für die Ausbildung von Journalisten und der neuen moldauischen Journalistenakademie erwartet man sich eine professionellere Arbeit der moldauischen Medien. Die Mission nahm auch ein umfassendes Programm zur Beurteilung des Zustandes der regionalen Medien in Angriff.

**Verhütung von Menschenhandel und Förderung der Gleichstellung der Frau.** Die Mission fungierte als Gastgeber regelmäßiger technischer Koordinierungssitzungen in Chișinău sowie in den Regionen und eines Treffens für Geldgeber zum Thema Bekämpfung des Menschenhandels. Im Herbst lancierte die Mission gemeinsam mit *Winrock International* eine neue Website unter dem Titel „*Anti-Trafficking and Gender Network*“. Die Website kann in Englisch, Rumänisch und Russisch unter der Adresse [www.atnet.md](http://www.atnet.md) abgerufen werden.

Die Mission veranstaltete auch Schulungskurse zur Fortbildung von Akteuren aus der Regierung und der Zivilgesellschaft in Fragen der Bekämpfung des Menschenhandels, der Verhinderung häuslicher Gewalt, der Förderung der Gleichstellung von Frauen sowie des Schutzes und der Hilfestellung für Opfer des Menschenhandels oder Opfer häuslicher

Gewalt. Sie unterstützte die Aktivitäten der Behörden zur Bekämpfung des Menschenhandels und eine Reihe von Projekten zum Schutz der Schwächsten.

Im Bereich der Gesetzgebung konzentrierte sich die Arbeit der Mission auf Lobbying für das neue *Gesetz über die Chancengleichheit von Frauen und Männern*, das im März in Kraft trat. Mit umfassenden Gutachten und Lobbying trat die Mission auch für ein Gesetz gegen häusliche Gewalt ein.

**Prozessbeobachtungsprogramm.** Im März nahm die Mission gemeinsam mit dem BDIMR und ihren Partnern, der *American Bar Association* und deren *Central Europe and Eurasia Legal Initiative* und dem Institut für Strafrechtsreform, ihr *Prozessbeobachtungsprogramm* auf. Ein Netz bestehend aus nationalen Prozessbeobachtern entsendet Beobachter zu Einvernahmen und Prozessen, unter anderem in Fällen von Menschenhandel oder Waffenhandel, die vor nationalen Gerichten in Moldau verhandelt werden, beobachtet diese und sammelt systematisch Daten darüber.

Missionsleiter:  
Botschafter Louis O'Neill  
Revidierter Gesamthaushalt: € 1.622.500  
[www.osce.org/moldova](http://www.osce.org/moldova)

## ***Der Projektkoordinator in der Ukraine***

[map]  
Project Co-ordinator in Ukraine = Projektkoordinator in der Ukraine  
Kyiv = Kiew

Internationale Grenzen

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

[map]

Der Projektkoordinator in der Ukraine konzentrierte sich im Jahr 2006 auf Projekte, die die ukrainischen Behörden bei der Anpassung ihrer Rechtsvorschriften, ihrer Institutionen und ihrer Politik an die Erfordernisse höherer demokratischer Standards und bei der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit unterstützten sollten. Die Feldpräsenz war auch dabei behilflich, hunderte entlassene Angehörige der Streitkräfte umzuschulen, das Munitionsdepot in Nowobohdaniwka nach den dort erfolgten Explosionen zu sanieren und Investitionen für den Aufbau kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in verschiedenen Regionen der Ukraine zu vermitteln.

### ***Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension***

**Hilfestellung für abgerüstete Soldaten.** Das Verteidigungsministerium baut derzeit Streitkräfte ab. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium war der Projektkoordinator dabei behilflich, Arbeitsmöglichkeiten für die vor der Entlassung stehenden Offiziere zu suchen. Für mehr als 800 Offiziere aus 20 Städten entwickelte und veranstaltete er praxisbezogene

Umschulungskurse unter anderem zum Thema Aufbau, Management und Marketing von Kleinunternehmen. Es werden auch spezielle Umschulungen für Piloten, Ingenieure und Navigatoren angeboten, und alle entlassenen Soldaten haben ein Recht auf professionelle Hilfe bei der Arbeitssuche, beim Erlernen von Techniken für die Führung von Bewerbungsgesprächen und bei der Abfassung eines Lebenslaufs. Dank dieser Unterstützung konnten über 78 Prozent der teilnehmenden Offiziere einen Arbeitsplatz finden.

Der Projektkoordinator war dem Ministerium auch bei der Einrichtung eines Zentrums für Ressourcen und Laufbahnplanung für entlassene Soldaten behilflich. Durch Seminare und Veröffentlichungen trug das Zentrum dazu bei, die Mitarbeiter des Ministeriums über die Rechte entlassener Militärangehöriger in so zentralen Fragen wie Pension, Umschulung, Wohnraumbeschaffung und Arbeitsplatzsuche aufzuklären.

**Zerstörung von Munition.** Der Projektkoordinator nahm die Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Ministerium für Katastrophenschutz im Hinblick auf die unter entsprechenden Schutzmaßnahmen durchzuführende Sanierung des Munitionsdepots in Nowobohdaniwka auf, wo es seit 2004 zu mehreren Explosionen gekommen war. Er stellte die vom ukrainischen Partner erbetene Ausrüstung wie Schutzwesten, Kevlarhelme und Detektoren zum Aufspüren von Minen und Eisenmetall zur Verfügung. Es wurde auch mit der Ausbildung ukrainischer Experten in den entsprechenden Techniken und für den Einsatz der Ausrüstung zum Aufspüren und Bergen von Blindgängern begonnen.

### ***Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension***

**Unterstützung für die Entwicklung lokaler Unternehmen.** Das größte Projekt der Feldoperation in diesem Bereich wurde im Rahmen einer Partnerschaft mit der *Eurasia Foundation* in Zusammenarbeit mit örtlichen Arbeitsämtern durchgeführt, um Kleinunternehmen durch Beratung und Schulung zu unterstützen; es wird auch mit örtlichen Verwaltungsbehörden in strategischen Fragen zusammengearbeitet, um günstige Voraussetzungen für Unternehmer zu schaffen.

2006 begannen 50 Haushalte im südlichen Teil der Region Odessa unweit eines der berühmtesten Naturreservate Europas mit dem Aufbau eines Ökotourismus, nachdem sie eine entsprechende Schulung zum Thema Gastgewerbe und Fremdenverkehrsmanagement erhalten hatten. In der Feriensaison 2006 betreuten die Teilnehmer dieses Projekts bereits mehr als 1.500 Gäste.

**Hilfestellung für ukrainische Regionen durch Vermittlung ausländischer Direktinvestitionen.** 2006 erstellte der Projektkoordinator – nachdem im Vorjahr eine regionale Investitionsförderungsagentur in Riwne geschaffen worden war – ein Investitionsprofil der Region, einschließlich eines Industrie- und eines Unternehmensprofils. Die Förderung der Tätigkeit der Agentur bewirkte, dass die Region Riwne von der *Financial Times Group* und ihrem Magazin *fDi* zur *Zukunftsregion 2006/07* für den westlichen Teil der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten gewählt wurde und sowohl die Stadt als auch die Region Riwne für den Titel des kostengünstigsten Standortes in Europa vorgeschlagen wurden.

Im Herbst weitete das Projekt seine Aktivitäten auf die Region Tschernihiw aus und unterstützte die nationale Investitionsförderungsagentur *InvestUkraine* bei Erhebungen, die den Vertretern der Regionalverwaltung Informationen und Strategien zur Schaffung von

Industriezonen und nachahmenswerte Methoden zur Anwerbung ausländischer Investitionen lieferten.

### ***Aktivitäten in der menschlichen Dimension***

***Good Governance und Stärkung demokratischer Institutionen.*** Auf Ersuchen der ukrainischen Behörden und mit Unterstützung des BDIMR verlagerte der Projektkoordinator seine Tätigkeit besonders auf die weitere Stärkung der ukrainischen Wahlordnung. Er war der Ukraine bei der Verbesserung der rechtlichen Voraussetzungen für Wahlen, der Verbesserung der Wählerlisten und der Erstellung von Handbüchern für die Institutionen behilflich, die für die Durchführung von Wahlen verantwortlich sind. Die größten Anforderungen in diesem Jahr ergaben sich aus der Hilfestellung beim Aufbau eines zentralen elektronischen Wählerverzeichnisses für die Parlamentswahlen im März. Mithilfe des Projektkoordinators wurden rund 1.300.000 unrichtige Angaben aus den Wählerlisten gestrichen, was wesentlich dazu beitrug, dass die Einhaltung anerkannter demokratischer Standards bei diesen Wahlen international bestätigt wurde.

***Unterstützung bei der Bekämpfung des Menschenhandels.*** Um der Ukraine bei der Bekämpfung des Menschenhandels zu helfen, unterstützte der Projektkoordinator eine landesweite Kampagne zur Sensibilisierung für dieses Problem, in deren Mittelpunkt die ukrainische Sängerin und Siegerin des Eurovision-Songcontests 2004, Ruslana, stand. Um die Regierungsbeamten in ihrer wichtigen Rolle bei der Aufdeckung und Verhütung von Menschenhandel zu unterstützen, erstellte das Büro Publikationen über die verschiedenen Aspekte dieses Problems und führte Schulungsseminare für die zuständigen Beamten und Organisationen durch. Der Projektkoordinator half dem Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten auch weiterhin bei der Umsetzung eines Pilotprojekts, das Waisenkindern in der Ukraine die Möglichkeit geben soll, wirtschaftlich unabhängig zu werden.

***Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit.*** Gemeinsam mit den neu geschaffenen ukrainischen Verwaltungsgerichten und europäischen Verwaltungsrechtsexperten schlug der Projektkoordinator Änderungen zum Entwurf des Verwaltungsverfahrensgesetzbuchs und zu anderen Rechtsvorschriften die Gerichte betreffend vor, um korrektere Definitionen von Verwaltungsübertretungen und eine bessere Anwendung der neuen Rechtsvorschriften zu ermöglichen. Zur Unterstützung dieser legislativen Tätigkeit arbeitet der Projektkoordinator auch mit der Richterakademie zusammen, um einen Lehrplan für Verwaltungsrecht für neue und bereits berufstätige Richter auszuarbeiten. Auf Ersuchen des Innenministeriums entwickelte der Projektkoordinator ein Projekt zur Beobachtung von Haftanstalten im Hinblick auf die Einhaltung der Menschenrechte. Gemeinsam mit Rechtsanwälten, Regierungsvertretern und NROs erstellte der Projektkoordinator einen Leitfaden für die Arbeit mobiler Monitoring-Teams, der in die internen Vorschriften des Ministeriums Aufnahme finden soll. Im Oktober wurden Schulungskurse für vier mobile Teams abgehalten.

Im Bereich der Menschenrechte leistete der Projektkoordinator dem Ausschuss für europäische Integration des ukrainischen Parlaments fachliche Unterstützung, indem er unabhängige Gutachten zu Gesetzesentwürfen erstellen und diese auf ihre Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsstandards und europäischen Rechtsnormen hin beurteilten ließ.

**Website.** Der OSZE-Projektordinator in der Ukraine stellte eine Website in ukrainischer Sprache (<http://www.oscepcu.org>) ins Netz, die Bürger, staatliche Stellen, die Zivilgesellschaft und Journalisten über die Tätigkeit des Koordinators informiert.

Projektkoordinator:

Botschafter James F. Schumaker

Revidierter Gesamthaushalt: € 2.323.600

[www.osce.org/ukraine](http://www.osce.org/ukraine)